

Anfragen zum Plenum

in der 5. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es vor dem Hintergrund der Prinzipien eines „fairen rechtsstaatlichen Verfahrens“ Regeln zur Veröffentlichung bzw. Abgabe von Stellungnahmen der bayerischen Staatsanwaltschaft gegenüber medialer Presseberichterstattung zu beabsichtigter Erhebung öffentlicher Klagen (Anklageerhebung) dergestalt, dass eine Pressemitteilung oder eine Einlassung zur Sache selbst, durch die Staatsanwaltschaft erst nach offizieller Inkenntnissetzung (Zustellung der Anklageschrift) der betroffenen angeschuldigten Personen bzw. deren verteidigenden Organe der Rechtspflege erfolgt, um es dadurch zu ermöglichen, auf entsprechende Anschuldigungen durch die Staatsanwaltschaft angemessene Stellung zu beziehen und inwieweit entspricht die sachverhaltliche Berichterstattung in der MAINPOST vom 16.01.2026 um 13.50 Uhr den dort geschilderten Tatsachen, dass sich nach einer detaillierten Einlassung des Oberstaatsanwalts [REDACTED] in diesem Artikel zur Bewertung, Erklärung des Anklageverhaltens und zur Anklageschrift selbst der Staatsanwaltschaft Würzburg die Verteidigung von Frau [REDACTED] sich bis Freitagnachmittag nicht zur Anklage äußern konnte, weil diese der Verteidigung noch nicht vorlag?

Jörg Baumann
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund aktueller Medienberichte, wonach bundesweit mehrere tausend Asylbewerber als abgänglich bzw. nicht mehr auffindbar registriert sind, wie viele Asylbewerber derzeit im Freistaat Bayern offiziell als untergetaucht bzw. abgänglich gelten, welche Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um das Untertauchen von Asylbewerbern zu verhindern und wie die Staatsregierung die Identifizierung, Aufenthaltsermittlung und gegebenenfalls Rückführung untergetauchter Asylbewerber organisatorisch und personell sicherstellt?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass laut Presseberichterstattung vom 03.01.2026¹ eine neue Kommission „Staatsreform in Bayern“ in der Staatskanzlei eingerichtet wurde, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Ziele die Kommission verfolgt, welchen

¹ vgl. <https://www.merkur.de/lokales/freising/freising-ort28692/freising-herrmann-leitet-kommission-fuer-buerokratie-abbau-94106835.html>

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich, noch formal geprüft. Die korrekte Zitierung liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers.

Zeitplan sich die Kommission vorgenommen hat (bitte auf Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme, Sitzungsregelmäßigkeit und geplanten Abschluss eingehen) und welche Personen bzw. Organisationen Mitglied der Kommission sind?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Initiativen, z. B. über den Bundesrat und/oder über ein „bayerisches Krisenteam Gas“ etc., sie ergriffen hat, um die im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bewusst getroffene Entscheidung, sich über die Warnung der „Initiative Energien Speichern (INES)“, hinwegzusetzen und die Gasspeicher – auch in Bayern – im Jahr 2025 erstmals nicht maximal aufzufüllen, obwohl im Sommer 2025 bereits ein kalter Winter wahrscheinlicher war als ein milder Winter,^{2,3,4} welche Initiativen, z. B. über den Bundesrat und/oder über ein „bayerisches Krisenteam Gas“ etc., hat die Staatsregierung bisher ergriffen oder plant sie zu ergreifen, um angesichts eines wahrscheinlich kälter als üblich ausfallenden Februars Gas mit dem Ziel einzusparen, Versorgungssicherheit herzustellen⁵ und mit welchen – auch finanziellen – Schäden pro Tag rechnet die Staatsregierung im Falle eines sich aufgrund der zuvor dargelegten Tatsachen und Prognosen ergebenden baldigen Eintretens einer Gas-Mangellage (bitte für die hauptsächlich betroffenen Branchen ausdifferenziert darlegen)?

Martin Böhm
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen mit tunesischer Staatsangehörigkeit und gewöhnlichem Aufenthaltsort in Bayern waren zum letztmöglichen Stichtag vollziehbar ausreisepflichtig, wie viele Personen mit tunesischer Staatsangehörigkeit und gewöhnlichem Aufenthaltsort in Bayern wurden bereits wegen Straftaten rechtskräftig verurteilt und wie viele Personen mit tunesischer Staatsangehörigkeit und gewöhnlichem Aufenthaltsort in Bayern verbüßen aktuell eine Haftstrafe in einer bayerischen Justizvollzugsanstalt?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie ihre seit 2018 verfolgte Strategie der massiven Erbschaft- und Schenkungssteuersenkung (u. a. via Normenkontrollklage) und der kategorischen Ablehnung einer Vermögensbesteuerung mit dem expliziten Verfassungsauftrag aus Art. 123 Abs. 3 Satz 1 der Bayerischen Verfassung in Einklang bringt, wonach die Erbschaftsteuer dem Zweck dient, „die Ansammlung von Riesenvermögen in den Händen einzelner zu verhindern“, ab welcher konkreten Vermögenshöhe nach Auffassung der Staatsregierung ein verfassungsrechtlich zu verhinderndes „Riesenvermögen“ beginnt und mit welchen anderen fiskalischen Instrumenten sie diesem Verfassungsgebot nachzukommen gedenkt, wenn sie das dafür vorgesehene Hauptinstrument faktisch schwächt?

Dr. Markus Büchler

Im Zusammenhang mit Berichten wonach die Betreiber des

² vgl. <https://taz.de/Warnung-vor-Gasmangel-im-Winter!/6097361/>

³ <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/FAQ/Notfallplan-Gas/notfallplan-gas.html>

⁴ Min. 4:40 ff. <https://www.youtube.com/watch?v=9FriipHaFMk>

⁵ vgl. <https://www.youtube.com/watch?v=CINBC60sajk>

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

FRM II (FRM II = Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz) einen Antrag auf Genehmigung der Umrüstung auf niedrig angereichertes Uran gestellt haben sollen, frage ich die Staatsregierung, welche weiteren Unterlagen wurden im Zusammenhang mit dem Antragsschreiben dem Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) übergeben, welche Unterlagen sind nach Ansicht des StMUV noch nachzureichen und für welchen Zeitpunkt hat der Betreiber die Vervollständigung der Unterlagen beabsichtigt?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Gratulationsschreiben des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in den letzten vier Jahren verschickt worden sind (bitte die jährlichen Kosten und die Titelnnummer im Haushaltsplan 2026/2027 für die geplanten Gratulationsschreiben angeben), wie viele Informationsschreiben über die Auszahlung des Bayerischen Landespflegegeldes von der Staatsregierung an pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2025 verschickt worden sind und welche Kosten dabei aufgekomen sind?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass das Unternehmen [REDACTED] im Landkreis Augsburg auf dem Lechfeld zwischen Großaitingen, Reinhartshofen und Guggenberg nach Öl bohren möchte,⁶ frage ich die Staatsregierung, wie bewertet sie die geplanten weiteren Ölbohrungen auf dem Lechfeld vor dem Hintergrund der bayerischen und bundesweiten Klimaschutzziele, insbesondere im Hinblick auf die Vereinbarkeit neuer fossiler Förderprojekte mit der Energiewende, wohin fließen die Einnahmen aus den Erdölförderabgaben, die [REDACTED] für sämtliche Bohrungen im Landkreis Augsburg an den Freistaat zahlen muss und welche energiepolitische Bedeutung misst die Staatsregierung einer möglichen Erweiterung der Erdölförderung auf dem Lechfeld bei, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die dort bisher geförderte Jahresmenge nur etwa ein Prozent des deutschen Ölverbrauchs deckt?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem Staatsminister für Digitales Dr. Fabian Mehring bei der Pressekonferenz am 21.01.2026 sagte: „Im Aufenthaltsrecht belegen wir, dass digitale Verwaltung auch einen echten innenpolitischen Mehrwert liefert“, frage ich die Staatsregierung, wie in Bayern im Bereich des Aufenthaltsrechts die Digitalisierung umgesetzt und vorangetrieben wird (bitte sowohl durchgeführte als auch geplante Maßnahmen detailliert auflisten), wie Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) in Bayern eingesetzt wird, um die Integration von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten zu unterstützen, und welche Initiativen und Maßnahmen gibt es, die gemeinsam mit der Wirtschaft, der Start-up-Szene sowie auf Bundesebene unter Einbeziehung der Bundesländer erörtert oder umgesetzt werden, um Digitalisierung und KI im Bereich der Integration von Migrantinnen und Migranten sinnvoll zu nutzen?

⁶ siehe [https://www.augsburger-allgemeine.de/schwabmuenchen/neue-oelbohrungen-auf-dem-lechfeld-\[REDACTED\]-plant-erkundungen-in-wertachgebiet-110725108](https://www.augsburger-allgemeine.de/schwabmuenchen/neue-oelbohrungen-auf-dem-lechfeld-[REDACTED]-plant-erkundungen-in-wertachgebiet-110725108)

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerberunterkünfte wurden seit Januar 2025 neu angemietet oder gebaut, welche Gesamtkosten entstehen den bayerischen Kommunen dadurch im Jahr 2026 und wird die Staatsregierung eine spezialisierte bayerische Abschiebeeinheit (zum Beispiel nach dem US-ICE-Modell) aufbauen, um die massiv gestiegenen Zahlen ausreisepflichtiger Ausländer in die Herkunftsländer zurückzuführen?

Martina Fehlner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nach welcher Bewertungsmatrix die Standortauswahl für die geplante Waldakademie im Landkreis Aschaffenburg erfolgt, ob öffentlich zugängliche Informations-, Bildungs- und Erlebnisangebote in das Konzept der Waldakademie integriert werden sollen und auf welche Weise Waldakademie und Walderlebniszentrum konzeptionell und räumlich miteinander verknüpft und damit als Gesamtprojekt touristisch vermarktet werden können?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele landwirtschaftliche Flächen in Bayern wurden in den Jahren 2023, 2024 und 2025 im Rahmen des Vertragsnaturschutzprogramms bewirtschaftet (mit der Bitte um tabellarische Auflistung unter Angabe der jeweiligen Hektarzahlen, Förderbeträge und finaler Aufsummierung), wie viele landwirtschaftliche Flächen in Unterfranken wurden in den Jahren 2023, 2024 und 2025 im Rahmen des Vertragsnaturschutzprogramms bewirtschaftet (mit der Bitte um tabellarische Auflistung unter Angabe der jeweiligen Hektarzahlen, Förderbeträge und finaler Aufsummierung) und auf welche Haushaltstitel werden die Ämter für Landwirtschaft und Forsten (AELF) für ihre Facharbeit (insbesondere für den Vertragsnaturschutz) nach dem vorgelegten Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 zurückgreifen können (mit der Bitte um Angabe der Haushaltstitel und der jeweiligen Mittelhöhe als Tabelle)?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe wurden in den letzten fünf Jahren die Mittel zum Meisterbonus abgerufen (bitte nach den einzelnen Jahren aufschlüsseln), wie hat er sich auf die einzelnen Berufe verteilt (auch hier bitte nach den einzelnen Jahren aufschlüsseln) und wie begründet die Staatsregierung die Kürzung der Mittel im Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027?

Richard Graupner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wer trägt nach Ansicht der Staatsregierung die politische Verantwortung in Bezug auf die derzeitige - den gesetzlichen Vorgaben zuwiderlaufende und laut „Notfallplan Erdgas“ kritische – Befüllungssituation der oberbayerischen Gasspeicher (nur der Speicher Bierwang erfüllt derzeit noch die gesetzlich vorgeschriebenen 40 Prozent Mindestfüllstand zum 01. Februar, im Speicher Wolfersberg hingegen sind es bereits jetzt unter sechs Prozent), welche kurzfristigen Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Sicherstellung der derzeitigen Gasversorgung einzuleiten und mit welchen politischen Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung eine zukünftig ausreichende und gesetzeskonforme Befüllung der oberbayerischen Gasspeicher sicher-

zustellen?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Förderanträge wurden 2025 für die einkommensorientierte Förderung neu bewilligt (bitte aufgegliedert nach Regierungsbezirk, Anzahl der Wohneinheiten und bewilligter Fördersumme), aus welchem Jahr stammten diese bewilligten Anträge jeweils (bitte gegliedert nach Jahr der Antragstellung) und bei wie vielen dieser Anträge lag ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn vor?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, unter welchem Titel bzw. Titeln inklusive Titelgruppe(n) in welchem Einzelplan bzw. Einzelplänen des Haushaltsentwurfs 2026/2027 sind die zukünftigen Lizenzgebühren für die flächendeckende, mitunter cloudbasierte Nutzung von Microsoft 365 Applikationen in der bayerischen Staatsverwaltung im Rahmen eines möglichen neuen Vertrages zwischen Microsoft und dem Freistaat eingeplant?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anerkennungsverfahren bzgl. Approbation von Medizinerinnen und Medizinern gab es in den letzten fünf Jahren in Bayern (bitte Anerkennung nach Kenntnisprüfung/Gleichwertigkeitsprüfung unterscheiden und durchschnittliche Dauer angeben), wie hat sich die Bearbeitungsdauer bei den Gleichwertigkeitsprüfungen im Rahmen der Anerkennung der Approbation von Medizinerinnen und Medizinern in den letzten fünf Jahren entwickelt (bitte nach Gutachten, die durch die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) und durch von der Regierung von Oberbayern (ROB) beauftragte externe Gutachterinnen und Gutachter erstellt wurden, unterscheiden), bei wie vielen Gutachten, die durch externe Gutachterinnen und Gutachter erstellt wurden, kam die ROB nach einer Plausibilitätsprüfung zu einem anderen Ergebnis als die beauftragten Gutachterinnen und Gutachter (bitte Gründe hierfür nennen)?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie sicherstellen will, dass die Aufzüge am S-Bahnhof Rosenheimer Platz schnellstmöglich wieder durchgehend in Betrieb gehen können, warum seitens der Staatsregierung keine Maßnahmen ergriffen wurden, um die Reparatur, die sich mittlerweile schon über ein Jahr hinzieht, zumindest fristgerecht fertigzustellen und warum vor Ort immer noch Plakate auf eine „Fertigstellung Dezember 2025“ verweisen?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand beim Zerwirkgewölbe in der Münchner Altstadt in der Ledererstraße (Ecke Lederer-/Sparkassenstraße) (z. B. geplanter Verkauf des Zerwirkgewölbes [Zeitplan, zukünftige Nutzung], geplante Sanierung [Zeitplan, zukünftige Nutzung] etc.), mit welchen potenziellen Käufern des Zerwirkgewölbes ist der Freistaat bereits in Kontakt (Anzahl der potenziellen Käufer, Name der potenziellen Käufer) und wie ist der Wortlaut der Machbarkeitsstudie, die von der Immobilien Freistaat Bayern für das Gebäude in Auftrag gegeben wurde (bitte Machbarkeitsstudie mitschicken, z. B. als Link)?

Andreas Jurca

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse zu Delikten

(AfD)	der Sachbeschädigung und des Diebstahls im Zusammenhang mit Wahlkampfplakaten von Parteien (als Geschädigte) seit Januar 2015 vorliegen, insbesondere hinsichtlich der Anzahl polizeilich erfasster Delikte aufgeschlüsselt nach Deliktsarten (Sachbeschädigung und Diebstahl getrennt), betroffenen Parteien und Jahren, hinsichtlich der Anzahl erstatteter Anzeigen inklusive beanstandeter Tatbestände aufgeschlüsselt nach Parteien und Jahren und hinsichtlich der Anzahl eingestellter Strafverfahren inklusive Einstellungsgründe aufgeschlüsselt nach Parteien und Jahren?
Claudia Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, auf welche Gesamthöhe belaufen sich die Kosten für das „Adventskonzert des Ministerpräsidenten“ am 15.12.2025 in der Münchner Residenz, aus welchen Haushaltstiteln werden die Ausgaben geleistet und in welcher Höhe sind darin Ausgaben jeweils für Gagen, Einladungen und sachliche Veranstaltungskosten enthalten?
Florian Köhler (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zum Digitalbonus Standard und zum Digitalbonus Plus wurden jeweils in den Jahren 2016 bis 2025 gestellt und positiv bewilligt (aufgeschlüsselt nach Standard und Plus) und wie hoch waren jeweils die bereitgestellten Haushaltsmittel und die tatsächlich ausgezahlten Fördermittel in absoluten Zahlen sowie die Förderquote in Prozent der bereitgestellten Mittel (ebenfalls getrennt nach Standard und Plus)?
Sanne Kurz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie ist vor dem Hintergrund der bayerischen Klimaziele und des Bayerischen Klimaschutzgesetzes die Nachfolge von „bink“ geregelt, wie viele Stellen stehen hierfür zur Verfügung (bitte um Angabe in Vollzeitäquivalenten mit jeweiliger Eingruppierung) und welche Haushaltsmittel sind dafür in den Haushaltsentwurf eingestellt?
Eva Lettenbauer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Verfahrenseingänge an den bayerischen Arbeitsgerichten, Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten 2025 und in den drei Vorjahren entwickelt (bitte getrennt für jede Fachgerichtsbarkeit und aufgeschlüsselt für die Jahre 2022 bis Ende 2025 angeben), wie bewertet die Staatsregierung diese Entwicklung und welche Schlüsse zieht sie daraus v. a. mit Blick auf die Personalsituation in den genannten Fachgerichtsbarkeiten?
Oskar Lipp (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, welche vorbereitenden und koordinierenden Maßnahmen (z. B. Einrichtung von Lagezentren, Krisenpläne, Abstimmung mit Landkreisen und Kommunen) wurden von der Staatsregierung im Rahmen ihrer Kompetenzen ergriffen, um die Versorgungssicherheit für die bayerische Industrie, den Handel, die Betriebe und der kritischen Infrastruktur im Falle einer Gasmangellage zu gewährleisten, wie dabei kritische Einrichtungen und besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen (z. B. Krankenhäuser, Pflegeheime, Notunterkünfte) geschützt und informiert werden und welche konkreten Analysen, Monito-

ring-Mechanismen und Koordinationsschritte mit den zuständigen Stellen des Bundes (inklusive Bundesnetzagentur und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) sowie lokalen Netzbetreibern durchgeführt wurden, um Engpässe frühzeitig zu erkennen und adäquat zu reagieren?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylberechtigte sind auf dem Gebiet des Landkreises Unterallgäu wohnhaft, wie viele Asylberechtigte sind in der Stadt Memmingen wohnhaft und wie viele Asylbewerber sind in Bayern aus Aufnahmeeinrichtungen abgängig im Sinne von „ohne Kenntnis vom Verbleib“?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Geld aller erhaltenen Coronahilfen des Bundes und des Freistaates Bayern Unternehmen und Selbstständige in Bayern seit dem 01.01.2020 bis zum 26.01.2026 (oder letztmöglichen Zeitpunkt, für den alle Daten vorhanden sind) nach Kenntnis der Staatsregierung insgesamt zurückzahlen mussten, wie viele Unternehmen und Selbstständige in Bayern davon insgesamt betroffen sind bzw. waren und wie hoch die derzeit noch offenen Rückzahlungsforderungen gegenüber Unternehmen und Selbstständigen in Bayern aus allen erhaltenen Coronahilfen des Bundes und des Freistaates Bayern im Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 26.01.2026 (bzw. dem letztmöglichen Stichtag, für den vollständige Daten vorliegen) nach Kenntnis der Staatsregierung sind?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnis hat sie zur geplanten Finanzierung des KV-Terminals Regensburg (KV = Kombinierte Verkehr), des mehrgleisigen Schienenausbaus zwischen Regensburg und Obertraubling sowie der Elektrifizierung zwischen Marktredwitz und Regensburg durch den Bund, was unternimmt die Staatsregierung, um Finanzierung und Umsetzung dieser Projekte sicherzustellen und welche Auswirkungen erwartet sie im Fall einer ausbleibenden Finanzierung bzw. Umsetzung der genannten Projekte auf die Wirtschaft sowie für die Klimaziele?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Fahrgastzahlen an den Bahnhöfen in Niederbayern seit 2018 bis heute entwickelt (bitte Angabe, aufgeschlüsselt nach Jahren und Monaten), nach welchen Kriterien entscheidet das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, welche 100 Bahnhöfe im Freistaat im Rahmen des Koalitionsvertrages bis 2028 barrierefrei ausgebaut werden und welche Bahnhöfe in Niederbayern sollen demzufolge in den nächsten zwei Jahren barrierefrei ausgebaut werden (Prognose-Liste bitte Angabe, aufgeteilt nach Jahren, Monaten und Örtlichkeiten)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der aktuelle Planungsstand für einen neuen Standort der Lehrkräftebildung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg in Nürnberg ist, nachdem die Planungen für einen Neubau auf dem Schöller-Areal gescheitert sind, wann nach Kenntnis der Staatsregierung mit der

europaweiten Neuausschreibung und der Wiederaufnahme des Projekts zu rechnen ist und welcher Zeitrahmen sich derzeit für Standortentscheidung, Baubeginn und Inbetriebnahme eines neuen Lehramtscampus ergibt?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der öffentlichen Aussage des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, „Wir werden jetzt voraussichtlich heuer uns finanziell dort nicht engagieren, bis die Dinge endgültig geklärt sind“ (dpa vom 14.01.2026), frage ich die Staatsregierung, was mit den von „Bayern Innovativ“ für den Ludwig-Erhard-Gipfel 2026 bereits gebuchten Leistungspaketen geschieht (vgl. Drs. 19/9404), welche Kosten den Staatsministerien und den ihnen zugeordneten Unternehmen infolge der grundsätzlichen Absage einer finanziellen Beteiligung am Ludwig-Erhard-Gipfel 2026 entstehen und in welchem Stadium sich das vom Ministerpräsidenten angekündigte Compliance-Verfahren im Zusammenhang mit dem Ludwig-Erhard-Gipfel derzeit befindet?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum sieht sie vor, von den in den kommenden zwei Jahren im sozialen Bereich zur Verfügung stehenden rund 90 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes (LuKIFG) etwa 70 Mio. Euro für Investitionen im Maßregelvollzug einzusetzen, warum hält die Staatsregierung diese Schwerpunktsetzung für sachgerecht, obwohl im sozialen Bereich zahlreiche weitere Aufgabenfelder mit erheblichem Investitions- und Finanzierungsbedarf bestehen (z. B. Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe, soziale Infrastruktur), und inwiefern berücksichtigt die Staatsregierung dabei, dass ein sicherer und funktionsfähiger Maßregelvollzug eine originäre Aufgabe des Freistaates ist?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Bundesprogramme und Haushaltsansätze haben nach Angaben des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz in den vergangenen Jahren zu den ausgebliebenen Fördermitteln für das Bayerische Naturparkzentrum Steigerwald geführt, in welcher Höhe sind dem Freistaat Bayern dadurch Mittel entgangen, und welche realistischen Finanzierungsoptionen sieht die Staatsregierung aktuell und künftig, um die zugesagte Förderung für das geplante Naturparkzentrum Steigerwald in Scheinfeld ganz oder teilweise sicherzustellen?

Franz Schmid
(AfD)

Vor dem Hintergrund eines Polizeieinsatzes gegen ein Konzert der regierungskritischen Künstlergruppe „Neuer Deutscher Standard“ in Illertissen⁷ frage ich die Staatsregierung, auf welcher Rechtsgrundlage genau das Verbot respektive der Polizeieinsatz beruhte und welche Kosten dem Steuerzahler dadurch entstanden ist?

Toni Schubert

Ich frage die Staatsregierung, was sind die Gründe für die derzei-

⁷ <https://www.augsburger-allgemeine.de/illertissen/polizei-loest-veranstaltung-mit-rechtsextremer-musik-bei-illertissen-auf-110612589>

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

tige, nach Auskunft der Staatsregierung auf Schriftliche Anfragen der Abgeordneten Eva Lettenbauer, Kerstin Celina und Toni Schuberl mitgeteilte Nichtbesetzung von Stellen an den bayerischen Arbeitsgerichten (ca. 71 unbesetzte Stellen zum 30.06.2026, davon rund 13 Stellen im richterlichen und rund 58 Stellen im nichtrichterlichen Bereich) und Sozialgerichten (ca. 76 unbesetzte Stellen zum 30.06.2026 davon rund 11 Stellen im richterlichen und rund 65 Stellen im nichtrichterlichen Bereich), wie bewertet die Staatsregierung diesen Zustand und was ist geplant, um die offenen Stellen zu besetzen?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger in seinem Bericht zur Lage der mittelständischen Unternehmen sowie der Freien Berufe in Bayern 2020 – 2024 am 04.12.2025 im Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zum Thema Berichtspflichten für Unternehmen gesagt hat, er könne noch nicht genau sagen, welche Berichte zukünftig wegfießen, weil er zunächst evaluiere, woher die Zahlen stammten, wen man dadurch „nerve“ und wie man diese Zahlen auch aus anderen Quellen beziehen könne, frage ich die Staatsregierung, bis wann mit den Ergebnissen der von Staatsminister Hubert Aiwanger angekündigten Prüfung zu rechnen ist, wie diese Ankündigung mit den Äußerungen vom Ministerialrat [REDACTED] aus dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie in der Sitzung der Enquetekommission „Potenziale in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung entfesseln – Das Leben leichter machen, Bürokratie abbauen, den Staat neu denken“ am 10.04.2025 zusammenpasst, wonach „für mittelständische Unternehmen die Statistikpflichten nicht sehr stark ausgeprägt seien und hervorzuheben sei, dass nach dem Landesrecht überhaupt keine Statistikpflicht für mittelständische Unternehmen vorgesehen seien“, und in welchen Bereichen möchte die Staatsregierung die mittelständische Wirtschaft zusätzlich entlasten, wenn im Rahmen der Berichts- und Statistikpflichten keine Landeszuständigkeit vorliegen sollte?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann sie plant, die vollständige Helfergleichstellung in Bayern auch für die Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Einsatzkräften im Rettungsdienst und Katastrophenschutz umzusetzen, wann mit einem entsprechenden Gesetzentwurf zu rechnen ist und welche Erkenntnisse die Konsultation der Hilfsorganisationen und Verbände zur vollständigen Helfergleichstellung erbracht hat?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bau- und Sanierungsmaßnahmen an staatlichen Hochschulen in Bayern befinden sich derzeit in einer zeitlichen Verzögerung von mehr als zwölf Monaten, was sind die jeweils maßgeblichen Ursachen für diese Verzögerungen und welche konkreten Maßnahmen ergreift die Staatsregierung im laufenden Haushaltsjahr, um weitere Verzögerungen zu vermeiden?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf die Auskunft der Pressestelle des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr vom 13.01.2026 einen Social-Media-Beitrag vom 08.01.2026 betreffend frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Konversionsmaßnahmen wurden in den letzten zehn Jahren in der Stadt Bamberg im Rahmen der Städtebauförderung vom Freistaat mit einem erhöhten Fördersatz von 80 Prozent gefördert, welche mit dem normalen Fördersatz von 60 Prozent und gilt die Zusage von 80 Prozent gemäß der Vereinbarung zum ANKER-Zentrum auch für Konversionsmaßnahmen, die nach der Schließung des ANKER-Zentrums im Jahre 2035 umgesetzt werden?

Markus Striedl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die Förderung und Attraktivierung des Fahrradfahrens als Staatsziel des Freistaates ansieht, ob die Staatsregierung auch bereit ist, dieses Ziel auf Kosten der Sicherheit der Fahrradfahrer zu verfolgen und aus diesem Grund etwa eine Helmpflicht für Fahrradfahrer ablehnt und trifft dies auch auf die E-Mobilität zu, sodass für die Fahrer von E-Autos z. B. die Anschnallpflicht abgeschafft wird?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf den Bayrischen Hebammenbonus wurden monatlich in den letzten zwölf Monaten gestellt, wie hoch waren die durchschnittlichen monatlichen Antragszahlen in den Jahren 2023 und 2024 und welche Maßnahmen will die Staatsregierung ergreifen, um die bürokratischen Hürden durch die Einführung des neuen Antragsformulars im Frühjahr 2025 und den Rückgang der Antragszahlen wieder abzubauen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie kann, aus Sicht der Staatsregierung, eine Kommune rechtssicher Videoüberwachung von Sammel- und Müllcontainern im öffentlichen Raum einrichten, um illegale Müllablagerungen zu verhindern, plant die Staatsregierung hierzu Hilfestellungen bzw. gesetzliche Erleichterungen und könnte eine gesetzliche Klarstellung, dass Videoüberwachung in diesem Zusammenhang grundsätzlich zulässig ist, für die Kommunen vorteilhaft sein?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der Tatsache, dass für Herrn [REDACTED], der momentan in der Justizvollzugsanstalt Kaisheim inhaftiert ist, ein Therapieplatz für eine kombinierte Sucht- und Traumatherapie in einer geschlossenen Einrichtung für 04.02.2026 bewilligt ist und der Therapieantritt maximal auf 21.04.2026 verschoben werden kann, weil sonst die Kostenzusage der Rentenversicherung verfällt, bitte ich um Auskunft bis wann die vorbereitende Behandlung des Gnadengesuchs (Az. 525 Ls 140 Js 41443/24) für Herrn [REDACTED] abgeschlossen sein wird, bis wann mit einer Entscheidung über die Zurückstellung der Strafvollstreckung gemäß § 35 Betäubungsmittelgesetz zu rechnen ist und ob der Einwand, für Herrn [REDACTED] sei wegen mehrmaligem Rückfall keine neuerliche Suchttherapie angezeigt, angesichts des Zusammenhangs von Retraumatisierung und Rückfall haltbar ist?

Markus Walbrunn
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen werden im Freistaat anders als z. B. in Rheinland-Pfalz keine abgängigen bzw. unbekannt verzogenen Asylbewerber erfasst, bestehen Pläne, vergleichbare statistische Erhebungen abgängiger Asylbewerber künftig auch in Bayern vorzunehmen (bspw. zu Namen, Nationalitäten und Status des Asylprozesses) und in wie vielen Fällen erhalten die unbekannt verzogenen Asylbewerber dennoch weiterhin staatliche Leistungen (beispielsweise nach Asylbewerberleistungsgesetz)?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Bayern klimaneutral werden will und die Staatsregierung sich entsprechend auf den Weg machen muss, dieses Ziel zu erreichen – und Elektroautos hierbei eine wichtige Rolle spielen, trotzdem in Behörden Elektro-Dienstautos zukünftig wieder durch Verbrenner ersetzt werden, frage ich die Staatsregierung, was sie dafür tut, um in den Staatsministerien und den unterstellten Behörden klimaneutral zu werden und was die Pläne bezüglich der Flotte (Elektroantrieb oder Verbrenner) der Staatsministerien und nachgeordneten Behörden sind?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Summen wurden im Haushaltsjahr 2025 aus der Titelgruppe 893 75 (Zuschüsse an Sonstige) an die Gebietsreferentinnen und Gebietsreferenten des Landesamtes für Denkmalpflege ausgegeben und wofür wurden die etwaigen Restbeträge verwendet?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem sowohl einzelne Städte – wie etwa Erlangen, wo allein die energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften mit 282 Mio. Euro beziffert wird – als auch der Bayerische Städtetag darauf hinweisen, dass die Wärmewende und insbesondere die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften von den Kommunen finanziell nicht zu stemmen sind, frage ich die Staatsregierung, wie stellt sie sicher, dass die bayerischen Kommunen die wirtschaftlich unabdingbare energetische Sanierung der kommunalen Liegenschaften finanzieren können (bitte inklusive einer Gegenüberstellung der im Haushaltsentwurf hierfür vorgesehenen Mittel mit dem tatsächlichen aktuellen Bedarf auf kommunaler Ebene), welche Möglichkeiten bestehen für diejenigen Kommunen, die in der aktuellen Lage keine Eigenanteile für Förderprogramme aufbringen können, dennoch die dringend notwendige Sanierung anzugehen, um weitere Haushaltsbelastungen durch steigende Energiepreise oder Folgekosten unterlassener Sanierungsmaßnahmen zu vermeiden und wie will die Staatsregierung verhindern, dass die notwendigen energetischen Sanierungen die Kommunen in Haushaltsicherung oder Nothaushalte treiben (bitte unter Angabe der konkreten zusätzlichen Mittel oder Ausgleichsmechanismen, die im aktuellen Haushaltsentwurf dafür vorgesehen sind)?